PDS DKP
Offene Liste Darmstadt
Stadtverordnetenfraktion

11.09.01

Große Anfrage

“Blitzgesetz” und KPD-Verbot

Am 17. August 2001 jährte sich das KPD-Verbot zum 55ten Mal. Im Jahre 1951 beschloss der Bundestag das “1. Strafrechtsänderungsgesetz”. In nur zwei Tagen, am 9. und 11. Juli 1951 - darum auch ”Blitzgesetz” genannt- erfolgte im Bundestag die zweite und dritte Lesung und die schließliche Beschlussfassung über das Gesetz. Für dieses in die Geschichte eingegangene Gesetzeswerk, das am 30. August 1951 Gesetzeskraft erlangte, gibt es bis heute weder von seiten der damals regierenden CDU/CSU noch von der SPD, die diesem Gesetz zugestimmt hatte, eine distanzierende Erklärung.
Über 200.000 Bundesbürger gerieten nach dem FDJ-Verbot von 1951 und dem KPD-Verbot von 1956 in die Fänge der politischen Justiz. Diese Entwicklung ging auch an der Stadt Darmstadt nicht spurlos vorbei.

So fasste der Magistrat der Stadt Darmstadt am 23. September 1950 folgenden Beschluss: ‘‘Betr.: Entlassung von als Kommunisten bekannten Beamten, Angestellten und Arbeiter bei der Stadtverwaltung’’. Er hat folgenden Wortlaut:
‘‘Die auf Grund der von der Bundesregierung und der Hess. Landesregierung getroffenen Maßnahmen zur Entlassung aller der Kommunistischen Partei oder verwandter Gliederungen angehörigen Mitglieder aus dem öffentlichen Dienst werden erörtert, und die für die Stadtverwaltung hieraus zu ziehenden Folgerungen erwogen. Der Magistrat beschließt einstimmig, vorerst von allen Bediensteten der Stadtverwaltung den von Herrn Stadtrat Schrauth im Entwurf vorgelegten Fragebogen beantworten zu lassen und danach weiter über diese Angelegenheit zu beraten.”

1. Wie vielen Bediensteten der Stadt Darmstadt wurde ein solcher Fragebogen vorgelegt?

2. Wie viele Bedienstete der Stadt Darmstadt wurden aufgrund des 1. Strafrechtsänderungsgesetzes und/oder der Ergebnisse der oben beschriebenen Fragebogenaktion entlassen?

3. Sind diese ehemaligen Bediensteten namentlich bekannt?

4. Wurde den betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die Möglichkeit zur Stellungnahme gegeben?

5. Welche Möglichkeit sieht der heutige Magistrat der Wissenschaftsstadt Darmstadt diese Menschen öffentlich zu rehabilitieren?

PDS DKP
Offene Liste Darmstadt
Stadtverordnetenfraktion

Rainer Keil
Stadtverordneter